2

ULRICH OELSCHLÄGER

Pfarrer August Eckhard – Opfer nationalsozialistischer Justiz im Kirchenkampf

Die durch die Entscheidungen des Wiener Kongresses seit 1816 an das Großherzogtum Hessen gegangene Provinz Rheinhessen war und ist geprägt durch ihre Vielfalt, durch ihre Nähe zu Frankreich sowie ihren konfessionellen Pluralismus. Historisch gesehen war das dem Großherzogtum zugeschlagene Gebiet nicht gerade homogen. Von 190 rheinhessischen Gemeinden gehörten 92 zur Kurpfalz, 40 zu Kurmainz und die restlichen 58 waren auf 32 verschiedene Herrschaften verteilt.[1] Noch heute – trotz der Kirchenunion von 1822 – sind unterschiedliche konfessionelle Prägungen in den Gemeinden erkennbar. Es gibt Gemeinden, deren Einwohner noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts fast ausschließlich katholisch waren, solche ausgesprochen reformierter und solche unierter, eher lutherischer Prägung.

Der aus Nackenheim stammende rheinhessische Dichter Carl Zuckmayer hat in seinem Theaterstück *Des Teufels General* seinen Helden, General Harras, von der Völkermühle sprechen lassen, dem »Völkergemisch« der Rheinregion, in der in der Geschichte sich verschiedene Kulturen fruchtbar begegnet sind. So wertet er auch den jüdischen Einfluss positiv.[2] Neben den christlichen gab es auch zahlreiche jüdische Gemeinden. Natürlich sind die altehrwürdigen Gemeinden in Worms und Mainz an erster Stelle zu nennen, Worms mit der ältesten Synagoge und dem ältesten jüdischen Friedhof in Europa.[3] Auch in rheinhessischen Dörfern gab es Synagogen, wie etwa in der Gemeinde Fürfeld. Die Synagoge wurde in diesem Dorf 1895 erbaut. Das in der Reichspogromnacht zerstörte Gebäude bzw. dessen Ruine wurde zu Beginn der Sechzigerjahre abgerissen und ein Wohnhaus an die Stelle gesetzt.[4] Etwas jüngere jüdische Friedhöfe gibt es auch in Fürfeld, Frei-Laubersheim, Niederwiesen und weiteren Orten.

Ist Rheinhessen auch einerseits geprägt durch die Nähe zu Frankreich, die Teilhabe an den Errungenschaften der Französischen Revolution und die Freiheitsrechte, die zur Zeit der Franzosenherrschaft erworben wurden, so hat es andererseits Distanz zu Frankreich gewahrt. Obwohl man – zum Opportunismus neigend – radikale Neuerungen ablehnte, war man nicht bereit, die freiheitlichen Errungenschaften aufzugeben. Früher als in den übrigen Gebieten des späteren Deutschen Reiches wurde die Zivilehe eingeführt. Eine Besonderheit in Rheinhessen sind die Simultankirchen – meist erzwungene katholische Besitzanteile nach der Rekatholisierung der Kurpfalz, die bis heute zum Teil bestehen und nach der Revolution eine andere Bedeutung gewannen. Ausdruck solcher besonderen

1 Volker Gallé, *Kunstreiseführer Rheinhessen. Kultur und Geschichte im Hügelland zwischen Worms und Bingen, Alzey und Mainz*, Ingelheim [4]2010, S. 20f.; etwas abweichend die Angaben bei Gunter Mahlerwein, *Rheinhessen 1816–2016: Die Landschaft – die Menschen und die Vorgeschichte der Region seit dem 17. Jahrhundert*, Mainz 2015, S. 28–31: Mahlerwein geht von 64 kurpfälzischen, 31 kurmainzischen und 64 Gemeinden mit 30 verschiedenen Ortsherren aus.

2 Carl Zuckmayer, *Des Teufels General*, Frankfurt 1966, S. 72.

3 Dazu: Fritz Reuter, *Warmaisa. 1000 Jahre Juden in Worms*, Worms [3]2009.

4 Näheres bei Hans Joachim Oesterle, *Fürfeld. Geschichte eines rheinhessischen Weindorfes*, Briedel 1998, 240f.

Entwicklungen sind auch die Simultanschulen gewesen, die zunächst nur additiv waren und die Gemeinden vom Bau zweier Schulhäuser entlasteten. Die rheinhessische Tradition strahlt aus bis in den Schulkampf der Fünfzigerjahre, als es dem Mainzer Bischof Albert Stohr nicht gelang, die Rheinhessen, selbst die katholischen Bürger seines Bistumsgebietes innerhalb des neuen Bundeslandes bzw. vor allem Rheinhessens, davon zu überzeugen, dass die Konfessionsschule wieder einzuführen sei.[5] Stets blieben die Rheinhessen skeptisch gegen alles, was ›von oben‹ kommt. Verwaltungsreformen und der Widerstand dagegen zeigen das so deutlich wie auch der Versuch bzw. die Durchführung kirchlicher Strukturreformen.[6]

Wenn der Rheinhesse auch nicht zum Revolutionär taugen mag, zum Mitläufer schon. Die Bedrückung der Bauern und Winzer in der Zeit der französischen Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg ist ein wesentlicher Faktor für die Zuwendung zum Nationalsozialismus innerhalb Rheinhessens geworden. Das prägt auch den vielleicht prominentesten Nationalsozialisten Rheinhessens, Werner Best, dessen Vater in Frankreich gefallen war und der sich weigerte, am 9. Juli 1919 als Klassenbester einen Buchpreis aus der Hand eines französischen Offiziers entgegenzunehmen. Das neben anderem favorisierte ihn für eine Karriere im NS-Regime, in dem er es bis zum Stellvertreter Heydrichs bei der Gestapo schaffte.[7] Der Abzug der Franzosen im Jahre 1930 wurde frenetisch gefeiert, auch mit einem Dankgottesdienst in der Christuskirche in Mainz unter Teilnahme des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.[8]

Die Zuwendung zum Nationalsozialismus in Rheinhessen ist eingehend untersucht.[9] Die erste NSDAP-Ortsgruppe wurde 1922 in Worms gegründet, im Grenzdorf Fürfeld etwa 1931/1932.[10] Bis zur sogenannten Machtergreifung wuchs der Stimmenanteil der NSDAP in Rheinhessen ständig, wobei die evangelische Bevölkerung eher zu ihrer Wählerschaft gehörte als die katholische, die dem Zentrum zunächst relativ treu blieb. Im Laufe der Jahre nach der Machtergreifung wuchs der Grad der Zustimmung. Eine Hochburg wurde etwa Stadecken. Bei den hessischen Landtagswahlen 1932 entschieden sich 97 Prozent der Bewohner dieses Dorfes für die NSDAP, Ende Mai 1933 beschloss der Gemeinderat, das Dorf in Hitlerhausen umzubenennen, was jedoch anscheinend nicht genehmigt wurde.[11] Der nationalsozialistische ›Trend‹ in Rheinhessen war auch nach dem Krieg noch spürbar. Nicht Wenige der Verantwortungsträger in der

5 Siehe zu dem Komplex: Heinrich Steitz, *Geschichte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau*, Marburg 1977, S. 420–423 und Eva Rödel, *Der Streit um die Bekenntnisschule. Der »Schulkampf« in Rheinhessen und seine Folgen 1952–1955* (Veröffentlichungen des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 29), Ubstadt-Weiher 2013.

6 Zur rheinhessischen Mentalität: Volker Gallé, *Kunstreiseführer Rheinhessen*, 8–13; Matthias Mesenhöller, »Ein Kind der Revolution«, in: *Merian Rheinhessen* (November 2015), S. 76–79.

7 Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn ^{3}1996, S. 50.

8 Siehe Karl Dienst, *»Zerstörte« oder »Wahre Kirche«: Eine geistliche oder kirchenpolitische Entscheidung?* (Studien zur Regionalkultur XX), Frankfurt 2007, S. 98.

9 Markus Würz, *Kampfzeit unter französischen Bajonetten. Die NSDAP in Rheinhessen in der Weimarer Republik* (Veröffentlichungen des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz Bd. 70), Stuttgart 2012; Michael Kißener (Hrsg.), *Rheinhessische Wege in den Nationalsozialismus. Studien zu rheinhessischen Landgemeinden von der Weimarer Republik bis zum Ende der NS-Diktatur*, Worms 2010; Fritz Reuter (Hrsg.), *Worms 1933. Zeugnisse und Zeitzeugen.* Worms 1995; Hans-Georg Meyer und Caroline Klausing (Hrsg.), *»Freudige Gefolgschaft und bedingungslose Einordnung…«? Der Nationalsozialismus in Ingelheim*, Ingelheim 2011.

10 Würz, *Kampfzeit*, S. 99 und 179.

11 Markus Würz, »Stadecken. ›Gruß aus Hitlerhausen (z. Zt. noch Stadecken genannt)‹– Die ›Burg‹ der NS-Bewegung im nördlichen Rheinhessen«, in: Kißener, *Rheinhessische Wege*, S. 235–260: Das Zitat stammt von einer Postkarte aus dem Jahr 1933.

nationalsozialistischen Zeit lenkten auch nach dem Krieg in den Dörfern die Geschicke oder waren zumindest einflussreich.

Als Kirchenkampf bezeichnen die Historiker die Auseinandersetzungen um den Versuch Adolf Hitlers, die Kirchen wie alle gesellschaftlichen Kräfte, zum Beispiel die Gewerkschaften, gleichzuschalten, d. h. auf die Linie des nationalsozialistischen Staates zu bringen und zu einem Beitrag im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung zu motivieren. Das war bei der evangelischen Kirche leichter als bei der katholischen, deren Zentrale nicht in Deutschland war. Die evangelische Kirche war hingegen eine deutsche Kirche, dazu geprägt durch eine enge Bindung von Thron und Altar. Solange die Monarchie bestand, war die Ordnung der evangelischen Kirche geprägt durch das landesherrliche Kirchenregiment, der Landesherr war jeweils der *summus episcopus* in seinem Herrschaftsgebiet. Insofern wurde das Ende der Monarchie 1918 als tiefer Einschnitt empfunden. Ein positives Verhältnis zur Weimarer Demokratie konnten nur wenige finden, obwohl die Kirchenartikel in der Verfassung alles andere als kirchenfeindlich waren. In rechten Kreisen wurde die Republik auch als »Judenrepublik« verschrien, zumal der »Vater der Verfassung«, Hugo Preuss, Jude war.

Nicht verwunderlich war deshalb, dass viele Pfarrer in der monarchistisch gesinnten, auch antisemitischen DNVP ihre politische Heimat fanden, so der Pfarrer der Magnusgemeinde in Worms und Vorgänger Theodor Diestelmanns, Franz Bernbeck, der für diese Partei im Wormser Stadtrat war. Er wurde 1934 pensioniert. Auch Präses Karl Koch aus Westfalen, der Vorsitzende der Barmer Bekenntnissynode, war in dieser Partei wie auch Otto Dibelius, der Generalsuperintendent der Kurmark und spätere Ratsvorsitzende der EKD. Viele der leitenden Akteure in der Kirche begrüßten die Aussicht auf einen starken Staat, der sich – wie die NSDAP in ihrem Parteiprogramm von 1920 – zum Christentum bekannte. Die unbestimmte Bezeichnung »positives Christentum« im Parteiprogramm wurde so wenig wahrgenommen wie die Einschränkung:

»Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt des positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes

Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns.«[12]

12 Eberhard Röhm und Jörg Thierfelder, *Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Bilder und Texte einer Ausstellung*, Stuttgart ²1982, S. 17.

Aus einer 1928 in Thüringen entstandenen Bewegung entstand bereits 1932 die kirchenpolitische Gruppe der Deutschen Christen, die versuchte, Nationalsozialismus und Kirche miteinander zu verbinden. Mithilfe nationalsozialistischer Propaganda gelang es dieser ›Partei‹, die Kirchenwahlen im Juli 1933 zu gewinnen und die Führung in den meisten Landeskirchen zu übernehmen. Am 27. September wurde dann auf der Nationalsynode in Wittenberg – die Verbindung zu Luther wurde immer wieder gesucht – ein Vertrauter Hitlers, der Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller, zum Reichsbischof gewählt.

Bereits am 6. September war auf der Generalsynode der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (APU) – wegen der vielen Synodalen in SA-Uniform auch »Braune Synode« genannt – der sogenannte »Arierparagraph« in das Kirchenrecht eingeführt worden. Das bedeutete, dass analog zum seit April 1933 geltenden staatlichen Recht Pfarrer und Kirchenbeamte jüdischer Abstammung zu entlassen waren. In unserem heutigen Kirchengebiet vollzog der spätere Landesbischof Ernst Ludwig Dietrich, der in Worms Abitur gemacht hatte, bereits zwei Tage nach seiner Beauftragung als Bevollmächtigter der Nassauischen Kirche im Rahmen des Vereinigungsprozesses der drei Landeskirchen Frankfurt, Hessen und Nassau am 14. September das Gesetz sozusagen im vorauseilenden Gehorsam durch die Entlassung des Kirchenjuristen Dr. Fritz Berlé, der einen jüdischen Vater hatte, also »Halbjude« war, und außerdem getauft. Hinzu kam, dass er im Ersten Weltkrieg Offizier und verwundet war, im staatlichen Recht mithin auf die mit Rücksicht auf Hindenburg eingeräumten Ausnahmen vom Vollzug des Gesetzes vom 7. April 1933 fiel. Es entstand der Pfarrer-Notbund unter Führung von Martin Niemöller. Die Eingliederung der Evangelischen Jugend in die HJ Anfang 1934, die Rede des Gauobmanns der Deutschen Christen (DC), Rudolf Krause, im Berliner Sportpalast, in der er die Abschaffung des Alten Testaments und die Abkehr von der Minderwertigkeitstheologie des Paulus forderte sowie die Theologie Karl Barths führten zusätzlich zur Einführung des Arierparagraphen in der APU, schließlich zur Bildung der Bekennenden Kirche (BK). Wichtige Impulse gingen dabei von den Gemeinden aus.